

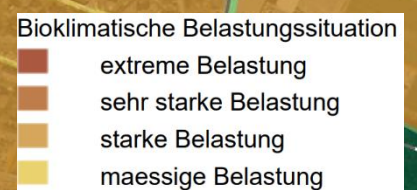
Küttigen

# Einwohnerrat Aarau

## Vorstösse Klimaschutz

Aarau

Suhr





## Vorwort/Medienmitteilung

Fürs Klima – jetzt erst recht!

Diesen Monat hat die Schweizer Stimmbevölkerung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz abgestimmt. In Aarau haben über 65 % ein Ja in die Urne gelegt und dies bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von über 60 %!

Umso mehr begrüßen Grünliberale und Grüne die *Klimastrategie Aarau 2020*. Die beiden Parteien sind aber der Meinung, dass die Stadt schneller und konkreter handeln muss, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen – auch vor dem Hintergrund, dass es aktuell keinen nationalen Lösungsansatz gibt. Deshalb reichen sie – teilweise unterstützt von SP, EVP und Pro Aarau – heute ein Paket mit 20 Vorstössen zum Klimaschutz ein.

Insbesondere in fünf Bereichen sehen Grüne und Grünliberale zwingenden Handlungsbedarf der Stadt:



### Städtische Liegenschaften und Flächen

Mit den eigenen Gebäuden kann die Stadt Aarau unmittelbar Treibhausgasemissionen einsparen und erneuerbaren Strom produzieren.

Mehrere Vorstösse fordern, dass die städtischen Liegenschaften bis 2030 einerseits mit Photovoltaik-Anlagen auf Dächern und an Fassaden ausgestattet werden und andererseits treibhausgasneutral geheizt und gekühlt werden. Auch auf geeigneten Flächen, wie beispielsweise Parkplätzen, sollen Photovoltaikanlagen installiert werden. Diese sollen zudem für solarbetriebene Ladestationen für E-Autos und E-Bikes genutzt werden.

Die Stadt soll aber nicht nur als Vorbild voran gehen, sondern auch aktiv das Gespräch mit Nachbarn suchen, um grössere Gemeinschaftsprojekte umzusetzen.



### Städtische Betriebe und Beteiligungen

Über ihre Beteiligungen an externen Betrieben wie beispielsweise eniwa, BBA oder KEBA kann die Stadt Einfluss nehmen auf die Erreichung der Klimaziele: Die Betriebe sollen eine mit den städtischen Klimazielen abgegliche Strategie erarbeiten und daraus abgeleitet Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null Treibhausgasemissionen bis 2040 umsetzen.



### Mobilität

Im Bereich der Mobilität soll die Stadt durch eine Zusammenarbeit mit Mobility Carsharing Möglichkeiten für Firmen und Privatpersonen fördern. Gleichzeitig muss der Veloverkehr attraktiver gemacht werden durch eine möglichst konsequente Trennung der Verkehrsflächen von Fuss- und Veloverkehr und mindestens einmal pro Jahr soll es einen Autofreien Sonntag geben.

Mit der CityLogistik soll ein effizienterer – sprich mit weniger Fahrten auskommender – Güterverkehr ermöglicht werden.



### Wärme & Gas

Mit der Umstellung von fossiler zu erneuerbarer Wärmeversorgung können grosse Mengen an Treibhausgasemissionen eingespart werden. Die Stadt Aarau soll dafür sorgen, dass die Bewilligungsverfahren für den Einsatz von Wärmepumpen soweit möglich vereinfacht werden, und dass die Bewohner:innen und Geschäfte in der Altstadt sowie in der Vorderen Vorstadt bald möglichst erneuerbare Wärme beziehen können.

Ausserdem sollen alle privaten Heizungen ab 2025 durch nicht-fossil betriebene Modelle ersetzt werden. Die Umstellung auf erneuerbare Heizsysteme wird auch zu einer stark verringerten Nutzung des Gasnetzes führen. Deshalb soll der Stadtrat bereits heute die Zukunft des Gasnetzes im Stadtgebiet strassenscharf planen.

Zudem soll die Stadt Aarau abklären, ob die eniwa durch ihren Mitgliederbeitrag an den Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) indirekt Kampagnen gegen die Klimaziele der Stadt finanziert.



### Ressourcen

Die Bewältigung der Klimakrise ist ein komplexes Querschnittsthema und um die nötigen Massnahmen zu bewältigen, braucht es genügend personelle und finanzielle Ressourcen. Dementsprechend muss der Bereich Klima innerhalb der Verwaltung gestärkt werden.

Die Aarauer Bevölkerung hat dem schweizerischen CO<sub>2</sub>-Gesetz grossmehrheitlich zugestimmt. Grüne und Grünliberale sind überzeugt, dass Aarau umgehend die Anstrengungen gegen die Klimakrise verstärken muss. Das vorliegende Vorstosspaket bringt konkrete Vorschläge, wie die Klimaziele bis 2030 und Klimaneutralität bis spätestens 2050 erreicht werden können.

Aarau, 25. Juni 2021

  
Alexander Umbricht  
Einwohnerrat GLP

  
Petra Ohnsorg  
Einwohnerrätin/Fraktionspräsidentin Grüne

# Inhaltsverzeichnis

<b>Städtische Liegenschaften und Flächen .....</b>	<b>1</b>
1a Motion Städtische Gebäude als Kraftwerke – Dächer .....	2
1b Postulat Städtische Gebäude als Kraftwerke – Fassaden.....	3
1c Motion Photovoltaikanlagen auf verbauten Flächen .....	4
1d Postulat Solarbetrieben Ladestationen auf städtischen Parkplätzen.....	6
1e Postulat Entsiegelung von Restflächen .....	8
<b>Städtische Betriebe und Beteiligungen .....</b>	<b>9</b>
2 Postulat Netto-Null-Strategien für städtische Betriebe, Beteiligungen etc. ....	10
<b>Mobilität.....</b>	<b>11</b>
3a Postulat Vergünstigtes Carsharing für Firmen .....	12
3b Postulat Kostenlose Jahresabonnement Carsharing .....	13
3c Postulat Citylogistik in und für Aarau.....	14
3d Postulat Förderung Veloverkehr .....	16
3e Postulat «Autofreie Sonntage» in Aarau.....	17
<b>Wärme &amp; Gas.....</b>	<b>19</b>
4a Postulat Städtische Gebäude treibhausgasfrei bis 2030.....	20
4b Postulat Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Wärmepumpen im Allgemeinen und Luft- Wasser-Wärmepumpen im Speziellen .....	21
4c Postulat Erneuerbare Wärme für die Altstadt und die Vordere Vorstadt .....	22
4d Postulat Verbindliche Planung der Zukunft des Aarauer Gasnetzes .....	23
4e Postulat 100 Prozent erneuerbare Lösungen beim Heizungsersatz.....	24
4f Postulat Städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität im Quartier .....	25
4g Anfrage Indirekte Finanzierung von Kampagnen gegen städtische Klimaziele .....	27
<b>Ressourcen .....</b>	<b>29</b>
5a Postulat Schaffung einer befristeten Stelle zur Umsetzung der «Klimastrategie Aarau 2020» ....	30
5b Postulat Schaffung Sektion Umwelt .....	31



# Städtische Liegenschaften und Flächen



## 1a Motion

# Städtische Gebäude als Kraftwerke – Dächer

### Antrag

Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat einen Kreditantrag für die vollständige Nachrüstung aller städtischen Gebäude (Verwaltungs- und Finanzvermögen) mit Photovoltaikanlagen – auf den Dächern. Die Nachrüstung der Bestandesbauten hat so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2030 zu erfolgen. Ausnahmen sind aufgrund von Überlegungen und Auflagen zum Ortsbildschutz und der Denkmalpflege sowie aufgrund von Verschattung sehr schlecht geeigneter Dachflächen möglich. Bei Neubauten sind Photovoltaikanlagen grundsätzlich immer vorzusehen.

### Hintergrund

Elektrizität wird mit der jetzigen Klimapolitik zur zentralen Energieform. Nebst den bisherigen Anwendungen ist eine starke Nachfragesteigerung von elektrischer Energie bei der Wärme- und Kältebereitstellung sowie aufgrund der Förderung der E-Mobilität zu erwarten<sup>1</sup>.

Auch erneuerbare Gase lassen sich in grossen Mengen auch nur mit Elektrizität herstellen. Daher ist es entscheidend, alle Möglichkeiten zu nutzen um Strom zu produzieren. Da Photovoltaikanlagen in der Regel wirtschaftlich betrieben werden können, sind sie auch für den städtischen Finanzhaushalt potenziell attraktiv.

Das aktuelle Solarstrompotenzial der Stadt Aarau für Dachflächen beläuft sich auf 93,45 GWh pro Jahr<sup>2</sup>. Im Jahr 2020 wurden 4,4 GWh Sonnenstrom erzeugt<sup>3</sup>, was einer Potenzialausnutzung von lediglich 4.7 % entspricht. Zum Vergleich: das Wasserkraftwerk Rüchlig produziert rund 64 GWh Strom pro Jahr<sup>4</sup>.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Ursula Funk, Aaron Bürki

**EVP/EW**

**Pro Aarau**

<sup>1</sup> Siehe [Energieperspektiven 2050+](#)

<sup>2</sup> [https://www.uvek-gis.admin.ch/BFE/storymaps/ECH\\_SolarpotGemeinden/pdf/4001.pdf](https://www.uvek-gis.admin.ch/BFE/storymaps/ECH_SolarpotGemeinden/pdf/4001.pdf)

Annahmen: Alle geeigneten Dächer der Stadt werden für die Produktion von Solarstrom mit Photovoltaikmodulen bedeckt. Dachflächen kleiner 10 m<sup>2</sup> werden nicht berücksichtigt; Teildachflächen, die nur gering oder mittel geeignet sind, werden nicht berücksichtigt; die nutzbaren Teildachflächen werden zu 70 % belegt. Somit wird berücksichtigt, dass Dachflächen nie vollständig mit Solaranlagen belegt werden können

<sup>3</sup> Auskunft der Stadt Aarau.

<sup>4</sup> <https://www.axpo.com/ch/de/ueber-uns/medien-und-politik/medienmitteilungen.detail.html/medienmitteilungen/2015/aare-kraftwerk-ruechlig-fischabstieg-und-fischfreundliche-turbinen.html>



## 1b Postulat

### Städtische Gebäude als Kraftwerke – Fassaden

#### Antrag

Der Stadtrat sorgt dafür, dass zukünftig bei Neubauten und Totalsanierungen von städtischen Liegenschaften die Fassaden zur Gewinnung von Sonnenstrom genutzt werden. Ausnahmen sind unter anderem möglich aufgrund von Überlegungen zum Ortsbildschutz, Auflagen der Denkmalpflege, aufgrund von Verschattung sehr schlecht geeigneter Fassadenflächen, oder wenn stattdessen eine Fassadenbegrünung erfolgt.

Der Stadtrat erstattet dem Einwohnerrat im Rahmen der entsprechenden Botschaften zu Baukrediten für Neubauten und Totalsanierung Bericht und beantragt dem Einwohnerrat den entsprechenden Kredit.

#### Hintergrund

Elektrizität wird mit der jetzigen Klimapolitik zur zentralen Energieform. Nebst den bisherigen Anwendungen ist eine starke Nachfragesteigerung von elektrischer Energie bei der Wärme- und Kältebereitstellung sowie aufgrund der Förderung der E-Mobilität zu erwarten<sup>5</sup>.

Auch erneuerbare Gase lassen sich in grossen Mengen auch nur mit Elektrizität herstellen. Daher ist es entscheidend, alle Möglichkeiten zu nutzen um Strom zu produzieren.

In der Schweiz finden sich inzwischen diverse Beispiele optisch sehr gelungener stromproduzierender Fassaden, z. B. in Allschwil.

Das aktuelle Solarstrompotenzial geeigneter Fassadenflächen der Stadt Aarau beläuft sich auf 29,5 GWh pro Jahr<sup>6</sup>.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Ursula Funk, Aaron Bürki

**EVP/EW**

<sup>5</sup> Siehe [Energieperspektiven 2050+](#)

<sup>6</sup> [https://www.uvek-gis.admin.ch/BFE/storymaps/ECH\\_SolarpotGemeinden/pdf/4001.pdf](https://www.uvek-gis.admin.ch/BFE/storymaps/ECH_SolarpotGemeinden/pdf/4001.pdf)

Annahmen: Teilfassadenflächen kleiner 20 m<sup>2</sup> werden nicht berücksichtigt; Teilfassadenflächen, die nur gering geeignet sind, werden nicht berücksichtigt; Teilfassadenflächen, die einen Mindestabstand zu schützenswerten Ortsbildern der Schweiz (ISOS) unterschreiten, werden nicht berücksichtigt; die nutzbaren Teilfassadenflächen werden zu 45 bis 60 % je nach Gebäudetyp belegt

## 1c Motion

# Photovoltaikanlagen auf verbauten Flächen

### Antrag

Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat einen Kreditantrag, damit geeignete<sup>7</sup> Freiflächen im Besitz bzw. direkten Einfluss der Stadt bis spätestens 2030 mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.

### Hintergrund

Elektrizität wird mit der jetzigen Klimapolitik zur zentralen Energieform. Nebst den bisherigen Anwendungen ist eine starke Nachfragesteigerung von elektrischer Energie bei der Wärme- und Kältebereitstellung sowie aufgrund der Förderung der E-Mobilität zu erwarten<sup>8</sup>.

Auch erneuerbare Gase lassen sich in grossen Mengen auch nur mit Elektrizität herstellen. Daher ist es entscheidend, alle Möglichkeiten zu nutzen um Strom zu produzieren. Da Photovoltaikanlagen in der Regel wirtschaftlich betrieben werden können, sind sie auch für den städtischen Finanzhaushalt potenziell attraktiv.

Insbesondere die rasche Entwicklung von innovativen Formen der Solarpanelindustrie birgt ein grosses Potential zur flexiblen Nutzung von (temporären) städtischen Freiflächen bzw. nicht überbauten Nutzflächen, wie Parkareale. Die Parkplatzsolaranlagen gibt es in verschiedensten Grössen und Formen. Zur Veranschaulichung und Inspiration folgen ein paar Bilder:



Beispiel einer faltbaren Solaranlage über einem Parkplatz in Jakobsbad-Kronberg (Appenzell Innerrhoden)<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Beispielsweise Parkplätze (Oberdeck Parkhaus Flösserplatz, Parkplatz Viehmarkt, Parkplatz beim Restaurant Schützen, Parkplatz KEBA usw.) und andere überbaute Flächen (Klärbecken ARA, ...). Nicht geeignet sind zu kleine Flächen und Grünflächen jeglicher Art.

<sup>8</sup> Siehe [Energieperspektiven 2050+](#)

<sup>9</sup> <https://www.erneuerbareenergien.de/schweizer-parkplatz-mit-faltbarer-solaranlage-ueberdacht>

Und hier noch das Beispiel der Kläranlage Reinach AG<sup>10</sup>:



Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier  
Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann  
Für die **SP** Ursula Funk, Aaron Bürki  
**EVP/EW**  
**Pro Aarau**

<sup>10</sup> <https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/wyna-suhre/reinach-hier-faltet-die-groesste-solar-faltdachanlage-der-schweiz-ihre-panels-aus-und-sie-steht-im-aargau-ld.2139533>

## 1d Postulat

# Solarbetrieben Ladestationen auf städtischen Parkplätzen

### Antrag

Der Stadtrat beantragt beim Einwohnerrat einen Kredit für solarbetriebene Ladestationen für E-Autos und E-Bikes auf städtischen Parkierungsanlagen sowie auf Parkplätzen bei öffentlichen Bauten (wie Schulhäuser oder Freizeitanlagen). Mit der Installation sind die Parkplatzflächen zumindest teilweise zu entsiegeln.

### Hintergrund

Versiegelte Parkplatzflächen sind Hitzeinseln. Sie strahlen Hitze ab, sind biologische Wüsten und haben eine schlechte Aufenthaltsqualität. Wenn man Bäume pflanzt und die Parkplätze damit beschattet, kann man diesen Hitzeeffekten durch den kühlenden Verdunstungs-Effekt der Bäume einfach und kostengünstig entgegenwirken. Nebst dem Effekt fürs Mikro- und Makro-Klima durch die Bäume gibt es auch einen positiven Effekt für die Biodiversität.

Nicht in jedem Fall ist die Bepflanzung mit Bäumen aufgrund des Untergrunds (unterirdische Bauten) möglich. Falls eine Beschattung durch Bäume nicht oder nur teilweise möglich ist, soll die Solarenergie genutzt werden. Mit Solaranlagen überdachte Parkplätze haben mehrfach positiven Nutzen: Die abgestellten Autos stehen im Schatten und sind damit nicht übermässiger Hitze ausgesetzt, und der Platz wird für die Erzeugung erneuerbarer Energie genutzt. Die Parkplätze können so eingerichtet werden, dass dort Elektromobile aufgeladen werden können. Das passt bestens zur Aarauer Klimastrategie zu den Handlungsfeldern 2 (Mobilität) und 3 (Erneuerbare Energien), Kernmassnahmen 2e und 3a. Solche Solarsysteme für Parkplätze gibt es bereits zahlreiche, man muss sie quasi nur noch bestellen und installieren. Die eniwa wird uns da sicher weiterhelfen können.



Beispiel einer faltbaren Solaranlage über einem Parkplatz in Jakobsbad-Kronberg (Appenzell Innerrhoden)<sup>11</sup>

<sup>11</sup> <https://www.erneuerbareenergien.de/schweizer-parkplatz-mit-faltbarer-solaranlage-ueberdacht>

Solche Anlagen gibt es sogar für einzelne Parkplätze.<sup>12,13</sup>



Beispiel eines modularen Systems inklusive Spannungswandler.<sup>14</sup>

Es gibt in Aarau viele Parkplätze, die optimiert werden können: Laurenzenvorstadt, im Schachen beim Schützen und beim Viehmarkt, Untere Schanz, KEBA, Parkplätze bei diversen Schulhäusern, Heinrich-Wirri-Strasse 3, usw.

Solarbedachte Ladestationen für E-Bikes könnten z. B. am östlichen Rand des Schlossplatzes oder bei der Veloparkierungsanlage am Bahnhof südlich der Berufsschule erstellt werden.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier  
 Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann  
 Für die **SP** Ursula Funk, Nicola Müller  
**EVP/EW**  
**Pro Aarau**

<sup>12</sup> Quelle: [www.pinterest.com/pin/378795018659690549/](http://www.pinterest.com/pin/378795018659690549/)

<sup>13</sup> Quelle: <https://kurier.at/wirtschaft/studie-solar-parkplaetze-koennten-e-autos-versorgen/287.490.708>

<sup>14</sup> Quelle: <https://conrad.ch/de/p/schindler-alusystemtechnik-sep3051-solar-carport-stand-1196625.html>

## 1e Postulat

### Entsiegelung von Restflächen

#### Antrag

Der Stadtrat analysiert das bestehende Aarauer Strassennetz auf vorhandene Restflächen, die beispielsweise mit einem Mergelkiesbelag versehen werden können.

Wo dies mit angemessenem Aufwand realisierbar ist, sollen die Flächen entsiegelt werden. Gleichzeitig werden bei allen laufenden und neuen Tiefbauprojekten auf Stadtgebiet Vorgaben zu entsiegelten Restflächen und / oder Randstreifen gemacht. Die dazugehörigen Überlegungen werden in den entsprechenden Kreditanträgen an Stadtrat oder Einwohnerrat aufgeführt.

#### Hintergrund

Versiegelte, geteerte / asphaltierte Strassenflächen strahlen Hitze ab und weisen in der heissen Jahreszeit eine geringe Aufenthaltsqualität auf. Gleichzeitig tragen sie in der Nacht zum Hitzeinseleffekt bei. Mit der Entsiegelung von Restflächen wird der Wasserabfluss erleichtert, die Begrünung hebt sich positiv vom Schwarz des Asphaltbelags ab. Werden unversiegelte Restflächen schon bei der Planung berücksichtigt, ist der Zusatzaufwand vernachlässigbar.

Mit entsprechender Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden zu Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen kann eine kohärente Umsetzung der gesamtstädtischen Klimapolitik sichergestellt werden.

Anschauungsbeispiele gibt es in Suhr (AG) und Zürich.

Für die **Grünen**      Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier  
Für die **GLP**         Alexander Umbricht, Peter Jann

# Städtische Betriebe und Beteiligungen



## 2 Postulat

# Netto-Null-Strategien für städtische Betriebe, Beteiligungen etc.

### Antrag

Der Stadtrat setzt sich bei allen städtischen Beteiligungen<sup>15</sup> (eniwa, BBA, KEBA, ...) dafür ein, dass diese eine mit den städtischen Klimazielen abgegliche Strategie erarbeiten und daraus abgeleitet Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null Treibhausgasemissionen bis 2040 umsetzen.

### Hintergrund

Als staatlicher Akteur soll die Stadt nicht nur von ihren Bewohner:innen und den ansässigen Firmen Klimaschutz fordern, sondern mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu nutzt sie ihren Einfluss im Rahmen ihrer Möglichkeiten<sup>16</sup>, damit städtische Betriebe, (Zweck)verbände und Firmen mit städtischer Beteiligung usw. für die eigenen Tätigkeiten und Produkte Netto-Null-Treibhausgasemissionen-Strategien mit Zieljahr 2040 entwickeln.

Vorgelagerte Prozesse sollen dabei, soweit mit vernünftigem Aufwand möglich, auch berücksichtigt werden.

Für die <b>Grünen</b>	Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier
Für die <b>GLP</b>	Alexander Umbricht, Peter Jann
Für die <b>SP</b>	Beatrice Klaus, Leona Klopfenstein

**EVP/EW**

<sup>15</sup> Eine Übersicht der Beteiligungen 2020 findet sich unter <https://www.aarau.ch/public/upload/assets/13059/Jahresbericht-2020-Stadt-Aarau-web.pdf> auf Seite 34

<sup>16</sup> z. B. besitzt sie die Aktienmehrheit bei der eniwa und der BBA



# Mobilität



## 3a Postulat

# Vergünstigtes Carsharing für Firmen

### Antrag

Der Stadtrat trifft mit dem Carsharing-Anbieter Mobility eine Vereinbarung, damit Business-Mobility-Abos für Aarauer Firmen deutlich günstiger werden. Die Vereinbarung ist auf vier Jahre zu begrenzen, nach drei Jahren erstattet der Stadtrat Bericht zur Nutzung des Angebots.

### Hintergrund

Eine Studie von Interface<sup>17</sup> aus dem Jahr 2020 belegt die nachhaltige Wirkung von Mobility. Weil viele Nutzer auf eigene Autos verzichten und stattdessen auf Carsharing und ÖV setzen, gelangen jährlich 31'000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub> in die Luft. Zudem wird der Verkehr um 35'500 Fahrzeuge entlastet. Damit ersetzt ein Mobility-Auto durchschnittlich 11 Privatautos. Gleichzeitig bleiben schweizweit 54'500 Parkplätze frei.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Ursula Funk, Aaron Bürki

**EVP/EW**

**Pro Aarau**

<sup>17</sup> <https://www.mobility.ch/fileadmin/files/nachhaltigkeit/Summary-Mobility-Nachhaltigkeitsstudie-Interface-2019.pdf>; Auftraggeber: Mobility

## 3b Postulat

### Kostenlose Jahresabonnement Carsharing

#### Antrag

Der Stadtrat trifft mit dem Carsharing-Anbieter Mobility eine Vereinbarung, damit alle in Aarau angemeldeten Personen mit Fahrausweis Kategorie B kostenlos ein Jahresabonnement beziehen können und nur noch die gefahrenen Kilometer und die genutzten Stunden bezahlen müssen. Die Vereinbarung ist auf vier Jahre zu begrenzen, nach drei Jahren erstattet der Stadtrat Bericht zur Nutzung des Angebots.

#### Hintergrund

##### Nutzen von CarSharing

Eine Studie von Interface<sup>18</sup> aus dem Jahr 2020 belegt die nachhaltige Wirkung von Mobility. Weil viele Nutzer auf eigene Autos verzichten und stattdessen auf Carsharing und ÖV setzen, gelangen jährlich 31'000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub> in die Luft. Zudem wird der Verkehr um 35'500 Fahrzeuge entlastet. Damit ersetzt ein Mobility-Auto durchschnittlich 11 Privatautos. Gleichzeitig bleiben schweizweit 54'500 Parkplätze frei.

##### Angebot Stadt Zürich

Seit März 2021 können Personen in der Stadt Zürich, die in einer der rund 9200 städtischen Wohnungen leben und einen Fahrausweis Kategorie B besitzen, kostenlos ein Jahresabonnement des Carsharing-Unternehmens Mobility beziehen; verrechnet werden lediglich die gefahrenen Kilometer und Stunden. Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und Mobility haben für diese Kooperation in einem speziellen Deal mit teilweiser Gegenleistung (Parkplätze, Business-Nutzung, etc.) eine Pauschale von 12 000 Franken pro Jahr vereinbart.

##### Situation Aarau

In der Stadt Aarau hat es rund 12 000 Wohnungen<sup>19</sup>. Bei ähnlichem Verhandlungsgeschick des Stadtrates wie die *Liegenschaften Stadt Zürich* und möglichen zusätzlichen Skaleneffekten wäre mit überschaubaren Kosten zu rechnen.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Ursula Funk, Aaron Bürki

**EVP/EW**

<sup>18</sup> <https://www.mobility.ch/fileadmin/files/nachhaltigkeit/Summary-Mobility-Nachhaltigkeitsstudie-Interface-2019.pdf>; Auftraggeber: Mobility

<sup>19</sup> [https://www.ag.ch/de/dfr/statistik/datenportal/filterabfrage/datenportal\\_filterabfrage.jsp?rewriteRemoteUrl=%2Fapp%2Fsa-jato-frontend%2Fdata%2FBN9TBN1TGN3TN2MN8](https://www.ag.ch/de/dfr/statistik/datenportal/filterabfrage/datenportal_filterabfrage.jsp?rewriteRemoteUrl=%2Fapp%2Fsa-jato-frontend%2Fdata%2FBN9TBN1TGN3TN2MN8)

## 3c Postulat Citylogistik in und für Aarau

### Antrag

Der Stadtrat erstellt eine Analyse zuhanden des Einwohnerrats, um die umwelt- und verkehrstechnischen Potenziale einer intelligenten Citylogistik in der Stadt Aarau abzuklären. In der Analyse ist eine mögliche Kooperation mit der Cargo sous terrain AG zu prüfen. Zu untersuchen ist zudem die Möglichkeit einer oberirdischen Anbindung ans Gesamtsystem, um die Vorteile des geplanten unterirdischen Transports auch für Aarau nutzen zu können.

### Hintergrund

Die Erarbeitung eines regionalen Citylogistik-Konzepts ist als Massnahme im Gesamtverkehrskonzept Region Aarau festgehalten. Das Ziel ist eine Bündelung des städtischen Güterverkehrs, damit – bei konstanter Versorgungsqualität – die städtische Infrastruktur entlastet und die Wirtschaftlichkeit des städtischen Güterverkehrs erhöht wird. Die Anlieferung soll sich auf wenige Fahrzeuge konzentrieren.

Das Gesamtlogistiksystem Cargo sous terrain (CST) bietet grosse Potenziale für nachhaltigen und zuverlässigen Gütertransport. Mit CST wird eine neue unterirdische Gütertransportinfrastruktur inklusive effizienter oberirdischer Citylogistik in der Schweiz geschaffen, welche den Lieferverkehr und die Lärmemissionen in den Städten reduziert.

CST will zwischen 2026 und 2031 die erste Strecke zwischen Härkingen-Niederbipp und Zürich erstellen. Die Region Aarau wird mit der ersten geplanten Teilstrecke ab 2031 mit einem Hub in Suhr direkt im System integriert sein. Daraus können sich interessante Synergien ergeben.



Verschiedene Schweizer Städte bauen ab diesem Jahr Citylogistik-Lösungen auf und nehmen diese in Betrieb. Dadurch bestehen dank Warenbündelung Potenziale einer wesentlichen Verkehrsreduktion. Für die Stadt Aarau besteht die Gelegenheit, mit dem in der Logistikbranche breit abgestützten und privat finanzierten Gesamtlogistiksystem zu kooperieren, dessen Citylogistikkonzept in Aarau umzusetzen und von den Bündelungspotenzialen zu profitieren.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Ursula Funk, Nicola Müller

**EVP/EW**

**Pro Aarau**

## 3d Postulat Förderung Veloverkehr

### Antrag

Der Stadtrat setzt sich, wo immer möglich, für eine konsequente Trennung der Verkehrsflächen von Fuss- und Veloverkehr ein<sup>20</sup>. Wo dies nicht möglich ist, prüft der Stadtrat, ob eine gemeinsame Verkehrsfläche Fuss- und Veloverkehr möglich ist. Sind die Voraussetzungen gemäss Broschüre<sup>21</sup> erfüllt, so organisiert und gestaltet er gemeinsame Flächen in innerörtlichen Situationen.

In dritter Priorität sorgt der Stadtrat dafür, dass Fahrverbote für Fahrräder gezielt auf einzelnen Strassen und Wegen im Zuständigkeitsbereich der Stadt zwecks «Legalisierung» des bereits jetzt auf diesen Verkehrsflächen teilweise intensiv stattfindenden Zweiradverkehrs aufgehoben werden. Für dasselbe Anliegen setzt er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auf nicht öffentlichem Grund ein, beispielsweise in der Telli.

### Hintergrund

Beispielsweise ist die aktuelle Regelung an folgenden Stellen unbefriedigend: Philosophenweg, Allgemeine Fahrverbote in der Telli im Bereich Polizeikommando, Einkaufszentrum und der Überbauungen Neuenburger-, Rüt matt- und Delfterstrasse entlang des Frey-Kanals sowie innerhalb der Parkanlage.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Ursula Funk, Nicola Müller

**EVP/EW**

**Pro Aarau**

<sup>20</sup> Gemäss den Zielen des Fussverkehrskonzepts der Stadt Aarau ("Konflikte mit Veloverkehr reduzieren").

<sup>21</sup> [https://fussverkehr.ch/fileadmin/redaktion/publikationen/broschuere\\_0705\\_gemeinsameflaeche.pdf](https://fussverkehr.ch/fileadmin/redaktion/publikationen/broschuere_0705_gemeinsameflaeche.pdf)

## 3e Postulat

### «Autofreie Sonntage» in Aarau

#### Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, jährlich mindestens einen autofreien Tag, zumindest in einem grösseren Perimeter der Stadt, einzuführen.

#### Hintergrund

Autofreie Tage leisten einen kleinen Beitrag zur Schadstoff-Reduktion, tragen aber vor allem auch zur Sensibilisierung im Bereich Mobilität bei. Strassen- und Stadträume werden, einmal vom motorisierten Individualverkehr befreit, für einen Tag ganz anders wahrgenommen und können für die Auseinandersetzung mit diesem klimarelevanten Thema genutzt werden.

In verschiedenen Schweizer Städten ist diese Idee in den letzten Jahren wieder aufgegriffen und z. T. auch schon realisiert worden. Beispielsweise hat die Stadt Bern seit 2014 bereits mehrere autofreie Sonntage durchgeführt. Dabei wurde ein bestimmtes Quartier oder ein bestimmter Perimeter gesperrt und mit einem Rahmenprogramm in einen Begegnungs- und Erlebnisort für die Bevölkerung verwandelt.

In Aarau könnten autofreie Sonntage überdies mit der Idee der Spielstrasse im Rahmen der Sharing-Modellstadt (MONAMO) kombiniert werden.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Peter Jann, Alexander Umbricht

Für die **SP** Ursula Funk, Nicola Müller

**EVP/EW**





# Wärme & Gas



## 4a Postulat

# Städtische Gebäude treibhausgasfrei bis 2030

### Antrag

Der Stadtrat trifft alle notwendigen Massnahmen, dass die städtischen Gebäude (Verwaltungs- und Finanzvermögen) ab spätestens dem Jahr 2030 treibhausgasfrei (Netto-Null) betrieben werden; das betrifft die Wärme-, Kälte- und Strombereitstellung<sup>22</sup> der Gebäude. Der Stadtrat unterbreitet – falls notwendig – dem Einwohnerrat den notwendigen Kreditantrag. Die Berichterstattung erfolgt mit der normalen jährlichen Berichterstattung zu den entsprechenden Produktgruppen.

### Hintergrund

Die Schweiz ist heute stark abhängig von fossilen Energien, die aus dem Ausland importiert werden. Allein für Erdöl und Erdgas fliessen so jedes Jahr rund 8 Milliarden Franken ins Ausland ab<sup>23</sup>. Ein beträchtlicher Teil der fossilen Energien wird für die Gebäudenutzung verwendet. So überrascht es nicht, dass von den gesamten Treibhausgasemissionen in der Schweiz rund 24 % durch den Betrieb von Gebäuden verursacht wird<sup>24</sup>.

Bereits heute sind alle notwendigen Technologien vorhanden, um den Gebäudepark wirtschaftlich fossil- und treibhausgasfrei zu betreiben. Somit wird es höchste Zeit, dass wir das auch machen. Das mit der Umsetzung angeeignete Wissen kann in die Beratung von Privaten und Unternehmen einfließen.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Ursula Funk, Aaron Bürki

**EVP/EW**

<sup>22</sup> Systemgrenzen gemäss 2000-Watt-Gesellschaft, also inkl. energetischer Vorleistungen ausserhalb der Stadtgrenzen.

<sup>23</sup> <https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/klima/dossiers/faktenblatt-05-gebaeude-und-mobilitaet.pdf.download.pdf/faktenblatt-05-gebaeude-und-mobilitaet.pdf>

<sup>24</sup> <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/inkuerze.html>

## 4b Postulat

# Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Wärmepumpen im Allgemeinen und Luft-Wasser-Wärmepumpen im Speziellen

### Antrag

Der Stadtrat vereinfacht die Bewilligungsverfahren für den Einsatz von Wärmepumpen (inkl. Luft-Wasser-Wärmepumpen) im Rahmen seiner Zuständigkeit soweit möglich<sup>25</sup>. Zudem setzt er sich beim Kanton dafür ein, dass auch im Kanton Aargau zukünftig Luft-Wasser-Wärmepumpe unter zu definierenden Bedingungen<sup>26</sup> mit einer einfachen Meldung erstellt werden können.

### Hintergrund

Mit einer Wärmepumpe wird die Wärme aus dem Erdreich (Sole), dem Grundwasser oder der Luft auf ein nutzbares Temperaturniveau gebracht. Mit einem Teil Strom können bis zu fünf Teile Wärme erzeugt werden. Luft-Wasser-, Sole-Wasser- und Wasser-Wasser-Wärmepumpen, die als Hauptheizung eingesetzt werden und eine Öl-, Gas- oder Elektroheizung ersetzen, senken die Treibhausgasemissionen beträchtlich.

Eine grosse Hürde für deren Einsatz sind die im Verhältnis zu einem klimaschädlichen fossilen Heizungsersatz deutlich aufwendigeren Bewilligungsverfahren. Deshalb ist beispielsweise im Kanton Basel-Stadt das Aufstellen von Wärmepumpen im Inneren ohne Bewilligung möglich. Im Aussenraum ist bei Einhaltung gewisser Bedingungen<sup>27</sup> lediglich eine Meldung notwendig. Dies hat zu einem vermehrten Ersatz von fossilen Heizungen durch Luft-Wasser-Wärmepumpe geführt.

Im Kanton Aargau können Wärmepumpen unabhängig ihrer konkreten räumlichen Dimensionen, Aufstellung<sup>28</sup> und Leistung leider aufgrund der kantonalen Gesetzgebung nicht von der Baubewilligungspflicht ausgenommen werden. Es bedarf eines Baubewilligungsverfahrens, in welchem die rechtlichen Vorgaben (v. a. die Einhaltung der Lärmgrenzwerte) von Amtes wegen geprüft und gegebenenfalls Anordnungen zur weiteren Reduktion des Lärms der Anlage getroffen werden können<sup>29</sup>.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Beatrice Klaus, Leona Klopfenstein

### EVP/EW

### Pro Aarau

<sup>25</sup> Prozessablauf, Bewilligungsdauer, Digitalisierung des Prozesses, ...

<sup>26</sup> Die Bedingungen orientieren sich am besten an den Erfahrungen aus anderen Kantonen

<sup>27</sup> Anlagen im Aussenraum, die die Abmessung von 100 × 160 × 70 cm nicht überschreiten, gut in die Umgebung eingebettet sind und die Lärmschutzvoraussetzungen erfüllen. Siehe <https://www.bvd.bs.ch/nm/2020-buerokratische-huerden-bei-der-installation-von-waermepumpen-fallen-liberalisierungspaket-der-vorschriften-fuer-waermepumpen-tritt-in-kraft-bd.html>

<sup>28</sup> Aufstellung im oder ausserhalb Gebäude hat einen relevanten Einfluss auf die Lärmbelastung für die Nachbarschaft

<sup>29</sup> Quelle: [https://www.baden.ch/public/upload/assets/123327/09\\_10\\_20\\_Post\\_Jaecklin\\_F%C3%BCllemann\\_Luft-Wasser-W%C3%A4rmep.pdf](https://www.baden.ch/public/upload/assets/123327/09_10_20_Post_Jaecklin_F%C3%BCllemann_Luft-Wasser-W%C3%A4rmep.pdf)

## 4c Postulat

# Erneuerbare Wärme für die Altstadt und die Vordere Vorstadt

### Antrag

Der Stadtrat sorgt dafür, dass die Bewohner:innen und Geschäfte in der Altstadt sowie in der Vorderen Vorstadt bald möglichst erneuerbare Wärme beziehen können und entsprechend zeitnah und gut darüber informiert werden. Wenn notwendig beantragt er beim Einwohnerrat einen Kredit im Sinne einer Defizitgarantie, eines finanziellen Zuschusses (Investitionsbeitrag) oder eines bedingt rückzahlbaren Darlehens für die Erstellung eines Fernwärmenetzes.

### Hintergrund

Es ist schwierig, die Aarauer Altstadt sowie die Vordere Vorstadt mit treibhausgasfreier Wärme (und allenfalls Kälte) zu versorgen. Der *kommunale Energieplan Aarau 2020*<sup>30</sup> schreibt dazu denn auch: «Die Altstadt und Vordere Vorstadt werden heute mehrheitlich mit Gas versorgt. Gleichzeitig eignen sich die mehrheitlich denkmalgeschützten Gebäude aufgrund der ungedämmten Gebäudehülle nur beschränkt zur Versorgung durch Erdwärme. Weiter ist auch der Platz für Bohrungen für die Erdwärmenutzung beschränkt und die hohe Dichte könnte zu einer Auskühlung des Bodens führen.»

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Machbarkeit zügig abzuklären, dass allenfalls Synergien mit der Sanierung der Vorderen Vorstadt (Hochwasserschutz) genutzt werden können.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Simone Silbereisen, Anja Kaufmann

**EVP/EW**

**Pro Aarau**

<sup>30</sup> [https://www.aarau.ch/public/upload/assets/13216/Kommunaler%20Energieplan%202020\\_final.pdf](https://www.aarau.ch/public/upload/assets/13216/Kommunaler%20Energieplan%202020_final.pdf), Seite 34

## 4d Postulat

# Verbindliche Planung der Zukunft des Aarauer Gasnetzes

### Antrag

Der Stadtrat wird beauftragt, die Zukunft des Gasnetzes im Stadtgebiet strassenscharf zu planen. Dabei ist aufzuzeigen, welche Gasleitungen in welchem Jahr stillgelegt werden<sup>31</sup> und welche Gasleitungen allfällig auch nach 2040 bestehen bleiben. Der Klimaschutz ist zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind in einem öffentlichen Bericht zu präsentieren.

### Hintergrund

Die Klimaziele der Stadt Aarau können mit einem auf fossilen Erdgas basierendem Netz nicht erreicht werden. Gleichzeitig werden Biogase und treibhausgasfreie, synthetisch hergestellte Gase voraussichtlich bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig für Prozesswärme, Langdistanztransporte und das Fliegen genutzt. Für das Heizen von Gebäuden werden die erneuerbaren Gase schlicht zu wertvoll sein.

Das Gasnetz kann und soll nicht von heute auf morgen abgestellt werden, die Planung dazu sollte aber umgehend begonnen werden. Zu berücksichtigen sind die Investitionszyklen von Heizungen, damit Fehlinvestitionen oder Entschädigungszahlungen für die Gasnetzbetreiberin soweit möglich vermieden werden können. Mit einer guten und rechtzeitig in Angriff genommenen Planung können auch sogenannte *Stranded Assets*<sup>32</sup> vermieden werden.

Nach erfolgter Planung muss frühzeitig kommuniziert werden, welche Gebiete zukünftig nicht mehr mit dem Gasnetz versorgt werden. Allfällige Stilllegungen von Gasleitungen sind den betroffenen Gasbezügler:innen gemäss Konzessionsvertrag mit einem Vorlauf von mindestens 10 Jahren anzukünden; besser wären 15 Jahre entsprechend der Lebensdauer von Heizungen.

Zusammengefasst: Mit dem Postulat wird sichergestellt, dass sowohl die Liegenschaftseigentümer:innen wie auch die Versorgerin eniwa frühzeitig Planungssicherheit haben und somit Fehlinvestitionen verhindert werden können. Zudem werden frühzeitig die richtigen Signale gesendet, so dass die Umstellung auf erneuerbare Heizungen mit geringen volkswirtschaftlichen und individuellen Kosten gelingt. Von einem beschleunigten Ausstieg aus Gasheizungen würde auch das Fernwärmenetz profitieren, welches auch von der eniwa aufgebaut wird.

Für die Grünen Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die GLP Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die SP Simone Silbereisen, Nicola Müller

**EVP/EW**

**Pro Aarau**

<sup>31</sup> Beispielsweise weil sie entweder nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können oder aufgrund des Fernwärmeausbaus nicht mehr benötigt werden.

<sup>32</sup> Vermögenswerte, die dauerhaft von Wertverlusten bis hin zum Totalverlust gekennzeichnet sind, werden Stranded Assets genannt. Stranded Assets sind also nicht mehr in der Lage, eine Rendite zu erzielen. Ursache können die unmittelbaren Folgen des Klimawandels oder Klimaschutzmassnahmen sein. Wird das Pariser Klimaabkommen erfüllt, laufen insbesondere Unternehmen, deren Geschäftsmodelle auf fossilem Kapital beruhen, Gefahr, grosse Teile ihrer Vermögenswerte nicht mehr nutzen zu können

## 4e Postulat

# 100 Prozent erneuerbare Lösungen beim Heizungersatz

### Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Strategie auszuarbeiten, die sicherstellt, dass jede private Heizung, die ab 2025 in Aarau ersetzt werden muss, durch ein nicht-fossil betriebenes Modell ersetzt wird.

### Hintergrund

Die grosse Mehrheit der Heizungen, die bei Neubauten eingesetzt werden, ist klimafreundlich. Wer Zeit zum Planen hat, setzt bereits heute auf Wärmepumpen – sie kosten zwar mehr in der Anschaffung, sind über die ganze Lebenszeit gerechnet aber meistens wesentlich günstiger als Öl und Gas, und es gibt äusserst attraktive Finanzierungsmodelle. Ganz anders sieht es jedoch beim Heizungersatz aus: Weit über die Hälfte der fossilen Heizungen, die heutzutage aussteigen, werden durch neue fossile Heizungen ersetzt. Naturgemäss steigen Heizungen meist dann aus, wenn sie in Betrieb sind, sprich: wenn man ohne sie friert. Bei einem Heizungersatz ist eine schnelle, pfannenfertige Lösung gefragt, und die einzige Fachperson, die zur rechten Zeit am rechten Ort ist, ist immer ein Spezialist für fossile Heizungen. Kein Wunder, haben fossile Lösungen hier die Nase vorn. Setzt sich dieser Trend noch länger als fünf Jahre fort, werden wir unsere Klimaziele im Gebäudebereich nicht erreichen. Eine Öl- oder Gasheizung kann bei guter Pflege zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre lang halten. Werden nach 2025 noch neue fossile Heizungen eingebaut, laufen so einige von ihnen auch nach dem Jahr 2050 weiter.

Effektive kantonale Energiegesetze enthalten deshalb eine Meldepflicht für bestehende fossile Heizungen und eine Pflicht, sich beraten zu lassen. Das wirkt: Auf diese Weise machen sich Hauseigentümer:innen konkrete Gedanken über erneuerbare Alternativen, während ihre alte Heizung noch läuft. So wissen sie im Notfall Bescheid, wie sie schnell und effizient zu einer Wärmepumpe oder einer Holzheizung kommen.

Leider wird es auf absehbare Zeit keine griffigen Vorgaben auf nationaler oder kantonaler Ebene geben. Deshalb muss die Stadt ausloten, ob eine solche Melde- und Beratungspflicht oder etwas Gleichwertiges auch auf städtischer Ebene eingeführt werden kann. Ebenso wichtig ist eine verbindliche, breit und früh kommunizierte Abschaltung des Gasnetzes in Wohnquartieren als Bestandteil der dynamischen Zielnetzplanung Gas. Diese beiden Massnahmen fehlen zurzeit in der städtischen Klimastrategie – dabei ist es so gut wie sicher, dass die Stadt Aarau ohne sie ihr Netto-Null-Ziel verfehlen wird.

Eine zusätzliche Lösung muss für Hauseigentümer\*innen gefunden werden, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken. Die attraktiven Finanzierungsmodelle für Wärmepumpen gelten wegen der Finma-Richtlinien für Hypothekarkredite nämlich nur für Personen mit einer guten Kreditwürdigkeit. In Fällen, in denen diese Voraussetzung nicht gegeben ist, könnte beispielsweise die Stadt oder die Eniwa eine Wärmepumpe selbst vorfinanzieren und sie über 15 Jahre abzahlen lassen.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Beatrice Klaus, Leona Klopfenstein

**EVP/EW**

## 4f Postulat

# Städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität im Quartier

### Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, bei der Umsetzung des Netto-Null-Ziels für städtische Liegenschaften systematisch das Gespräch mit den Nachbarliegenschaften zu suchen und grössere Gemeinschaftsprojekte umzusetzen, wo Interesse besteht. Drei Felder mit hohem ökologischem und ökonomischem Potenzial sind dabei besonders zu berücksichtigen:

- gemeinschaftliche Wärmepumpen
- Kleinwärmeverbünde ausserhalb des Fernwärmenetzes
- gemeinschaftliche Photovoltaik-Anlagen mit Speicher und Zusammenschluss zum Eigenverbrauch

Wo nötig und langfristig rentabel, soll die Stadt bei solchen gemeinschaftlichen Projekten Planungs- und Baukosten auch für Nachbarliegenschaften vorschliessen.

### Hintergrund

Das Ziel, die städtischen Liegenschaften zu dekarbonisieren, ist notwendig und sinnvoll. Bei den dafür nötigen Umbauten lassen sich die positiven Effekte aber nochmals vervielfachen, wenn man bei jedem Projekt über die eigene Liegenschaft hinausdenkt. Einerseits könnten mit grösseren, gemeinschaftlichen Projekten deutliche Effizienzgewinne erzielt werden; andererseits könnten auch zahlreiche Nachbarliegenschaften zu einem früheren und dezidierteren Wechsel auf klimaneutrale Lösungen bewegt werden.

Gemeinschaftliche Solaranlagen sind ein Paradebeispiel dafür: Schliessen sich mehrere Liegenschaften zusammen, können sie einen höheren Anteil des produzierten Stroms direkt vor Ort verbrauchen. Auch die Anschaffung eines grösseren Stromspeichers sowie der Betrieb von Solarzellen an Ost- und Westfassaden werden deutlich rentabler, je mehr Liegenschaften an der Anlage beteiligt sind. Von solchen Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch profitiert auch das Stromnetz als Ganzes: Je mehr Solarstrom vor Ort verbraucht, gespeichert oder ausserhalb der Spitzenzeiten produziert wird, desto besser kann die Netzstabilität aufrechterhalten werden.

Auch Wärmepumpen sind effizienter mit zunehmender Grösse, zumindest bis zu einem gewissen Punkt. Gerade bei kleineren Einfamilienhäusern lohnt es sich hier enorm, auf gemeinschaftliche Anlagen zu setzen. Und abseits des grossen Fernwärmenetzes lohnen sich punktuell auch Kleinwärmeverbünde, die die Wärme von Fabriken, Pelletheizungen und/oder thermischen Solaranlagen auf mehrere Liegenschaften verteilen. Diese lassen sich bei einer Erweiterung des Fernwärmenetzes auch problemlos an dieses anschliessen, was einen zusätzlichen Effizienzgewinn bewirkt.

Zentral ist bei allen drei Lösungen aber, dass man rechtzeitig darüber nachdenkt und das Gespräch mit den Nachbar:innen aufnimmt. Jetzt ist der ideale Zeitpunkt, um die nötigen Abklärungen und Gespräche zu planen, so dass jede Chance für ein gemeinschaftliches Klimaprojekt genutzt werden kann. Wir danken herzlich für die Überweisung unseres Postulats.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Beatrice Klaus, Leona Klopfenstein

**EVP/EW**



## 4g Anfrage

# Indirekte Finanzierung von Kampagnen gegen städtische Klimaziele

### Fragen

- Wie gross ist der Mitgliederbeitrag der eniwa an den Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG)?
- Wozu wird dieser Mitgliederbeitrag beim VSG genutzt?
- Kann sichergestellt werden, dass der Beitrag nicht gebraucht wird, um Kampagnen gegen die Interessen der Stadt Aarau zu finanzieren?
- Ist eine Kündigung der Mitgliedschaft beim VSG eine Option, falls dieser weiterhin mit Mitgliedergeldern Kampagnen gegen die Interessen der Stadt führt?

### Hintergrund

Im Oktober 2020 erschien in der Republik eine Recherche unter dem Titel «Das Greenwashing der Schweizer Gasbranche»<sup>33</sup>. Darin wird ausführlich beschrieben, wie der Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) aufwändige Kampagnen führt, um die ökologisch und ökonomisch notwendige Transformation der Gas- bzw. Wärmeversorger auf erneuerbare Energien zu verzögern. Inzwischen haben entsprechend beispielsweise die Industriellen Werke Basel (iwb) ihren Austritt aus dem VSG per Ende 2021 angekündigt (und sparen so auch gleich noch rund CHF 600 000 jährlich).<sup>34</sup>

Die vom VSG angestrebte Verzögerung der Dekarbonisierung widerspricht den Klimazielen der Stadt Aarau und der Schweiz. Es drohen zudem nicht amortisierbare Investitionen, wenn Gas- bzw. Wärmeversorger trotz sinkender Nachfrage weiterhin auf Gasheizungen in den Haushalten setzen.

Hinzu kommt, dass die verfügbaren erneuerbaren gasförmigen Brennstoffe in Zukunft primär für Prozesswärme in der Industrie und allenfalls für Transporte über sehr lange Distanzen (z. B. Internationale Schifffahrt) eingesetzt werden sollten, wo aufgrund der notwendigen hohen Hitze oder der notwendigen Energiedichte ein Ersatz durch andere Energiequellen schwierig ist.

So legt die Stadt Aarau richtigerweise im städtischen Energieplan entsprechend den kantonalen Vorgaben eine Priorisierung der Nutzung von Abwärme und Umgebungswärme sowie regional verfügbaren erneuerbaren Energieträger fest. Als letzte Priorität wird leider immer noch die Verdichtung bereits bestehender Versorgungsgebiete mit leitungsgebundenen fossilen Energieträgern genannt. Im Widerspruch zu den Klimazielen der Stadt unterstützt die eniwa als Mitglied des VSG dessen Verzögerungsversuche aber finanziell. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Antworten zu den obengenannten Fragen.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Simone Silbereisen, Anja Kaufmann

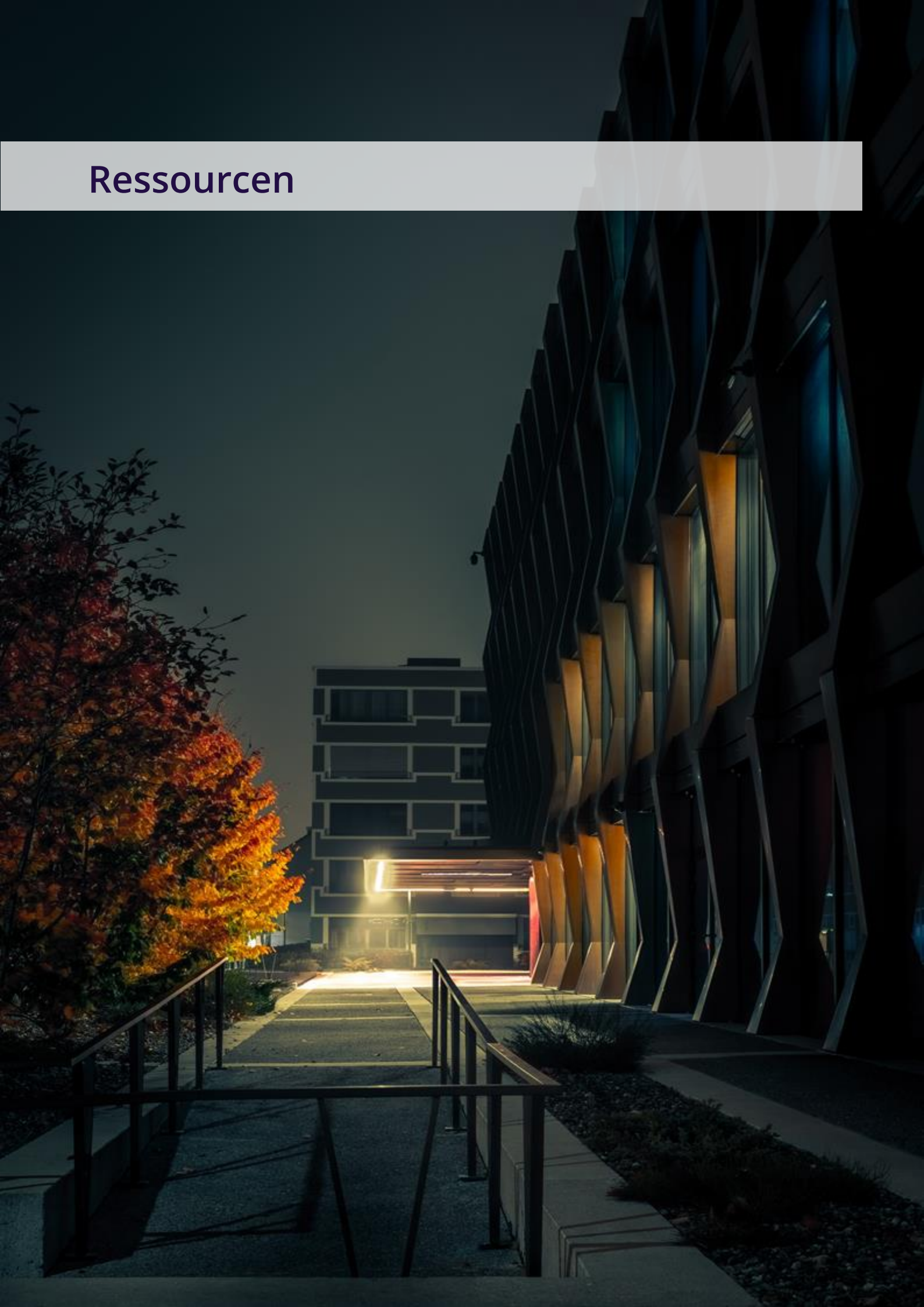
### Pro Aarau

<sup>33</sup> <https://www.republik.ch/2020/10/07/das-greenwashing-der-schweizer-gasbranche>

<sup>34</sup> <https://www.nau.ch/ort/basel/basler-iwb-treten-aus-dem-schweizerischen-gasindustrie-verband-aus-65936339>



# Ressourcen



## 5a Postulat

# Schaffung einer befristeten Stelle zur Umsetzung der «Klimastrategie Aarau 2020»

### Antrag

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine Botschaft mit Kreditantrag für die Schaffung einer befristeten Stelle (4 Jahre, 80 bis 100%-Pensum) zur Umsetzung der städtischen Klimastrategie zu unterbreiten.

### Hintergrund

Am 15. Februar 2021 hat der Stadtrat die «Klimastrategie Aarau 2020» beschlossen. Ziel ist es, etappenweise bis ins Jahr 2050 die Treibhausgase Netto auf 0 Tonnen und den Primärenergieverbrauch auf 2000 Watt zu senken. Ein umfassender Massnahmenplan in der Strategie zeigt, wie das Ziel erreicht werden soll.

Die Umsetzung der weitaus meisten Massnahmen steht in der Verantwortung verschiedener Verwaltungseinheiten, v. a. liegt sie beim Stadtbauamt und den für die Liegenschaften zuständigen Abteilungen, ohne dass zusätzliche Ressourcen für diese grosse und komplexe Aufgabe zur Verfügung gestellt werden. Mit Reibungsverlusten und Verzögerungen ist angesichts der vielen und auch inhaltlich diversen Massnahmen unweigerlich zu rechnen.

Eine befristete Stelle soll deshalb als übergeordnete Schnittstelle für die betroffenen Verwaltungseinheiten fungieren, Koordination und Controlling übernehmen. Durch eine schnellere und effizientere Arbeitsweise sollen dadurch die Kosten für die Umsetzung der Klimastrategie gesenkt und die Zielvorgaben zeitgerecht erfüllt werden.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann

Für die **SP** Beatrice Klaus, Leona Klopfenstein

## 5b Postulat

### Schaffung Sektion Umwelt

#### Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Aufwertung des Fachbereichs *Umwelt und Klima* zu einer Sektion zu prüfen.

#### Hintergrund

Klimaschutz und Klimaanpassung sind relevante Querschnittsthemen mit einer hohen Komplexität. Beide Themen werden die Stadt leider noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, beschäftigen. Dementsprechend müssen die Themen Klima und Umwelt im Organigramm der Stadt Aarau gewichtet werden. Für stadtinterne und -externe Anliegen muss klar sein, an welche Sektion man sich wenden kann.

Für die **Grünen** Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier

Für die **GLP** Alexander Umbricht, Peter Jann